

A N T R A G
zur
dringlichen Behandlung

Betreff: 1-2-3-Klimaticket darf GrazerInnen finanziell nicht belasten

Vergangene Woche wurde nach mehrmonatigen Verhandlungsrunden von Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer sowie Landeshauptmann-Stellvertreter Anton Lang das „Steiermark-Paket“ zur Weiterentwicklung der steirischen Schieneninfrastruktur und zur Einführung des 1-2-3-Klimatickets unterzeichnet. Die zwischen dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und dem Land Steiermark abgeschlossene Vereinbarung enthält neben einem bis 2030 mit 1,4 Mrd. Euro dotierten Investitionspaket für den öffentlichen Verkehr samt Absichtserklärung des Bundes bei Neubauinvestitionen von Städten in regionale ober- oder unterirdische Stadtbahn- und Straßenbahnlösungen mitzufinanzieren auch die endgültige Fixierung des 1-2-3-Klimatickets in der Steiermark.

Mit Abschluss des „Steiermark-Pakets“ konnte die notwendige Voraussetzung zur Einführung der österreichweiten Stufe des 1-2-3-Klimatickets noch in diesem Jahr geschaffen werden. Eine österreichweit gültige Jahreskarte soll es Steirerinnen und Steirern demnach für einen Preis von 1.095 Euro ermöglichen in ganz Österreich alle öffentlichen Verkehrsmittel in allen Städten, Regionen und Gemeinden zu nutzen. Zusätzlich beinhaltet das „Steiermark-Paket“ den Beschluss zur Einführung eines steirischen Klimatickets, wonach mit einem Ticket die ganze Steiermark bereist werden können soll. Von diesem Steiermark-Klimaticket werden insbesondere jene Bürgerinnen und Bürger, die tagtäglich mit den Öffis fahren, sowie Pendlerinnen und Pendler profitieren.

Eine genaue Preisfixierung des Steiermark-Klimatickets liegt noch nicht vor, da zurzeit die genauen Detailabstimmungen, Berechnungen und Einschätzungen von Expertinnen und Experten im Gange sind. So hat sich der Verkehrsverbund Steiermark zusammen mit Bund und Land noch intensiv mit Fragestellungen rund um die Tarifvarianten, den Auswirkungen der Klimaticket-Einführungen auf die Verbundtarifeinnahmen sowie Abgeltungsthematiken zu beschäftigen. Äußerungen von Bundesministerin Gewessler zufolge könnte sich der Preis des Steiermark-Klimatickets auch über den ursprünglich von ihr genannten 365 Euro bewegen (<https://www.kleinezeitung.at/steiermark/6003102/Ausserdem-123Ticket-fixiert-Bund-signalisiert-erstmal-Zuschuss>).

Ob daneben Ein-Zonen-Tickets, wie das Grazer-Zonen-Ticket 101, weiterhin bestehen bleiben dürfen, wird seitens des Bundes und des Landes Steiermark noch offen gelassen.

Selbstverständlich ist es aus Sicht der Stadt Graz und auch der Grazer Volkspartei mehr als begrüßenswert, dass mit der Einführung des 1-2-3-Klimatickets ein weiterer wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Modal-Splits auf den Weg gebracht wird. Allerdings dürfen die Verhandlungen zum 1-2-3-Klimaticket zu keiner Verschlechterung bei Bevölkerungsgruppen, die sich nicht tagtäglich oder/und ausschließlich innerhalb eines einzigen Zonengebietes mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen, führen.

Ohne Möglichkeit der Weiterführung des Graz-Tickets, welches mit Zuschuss der Stadt Graz seit 1. Juli bei einem Preis von 315 Euro liegt, würden die Kosten für nur innerhalb der Zone 101 fahrende GrazerInnen um mindestens rund 16% auf 365 Euro steigen. Ziel der Stadt Graz als Mitglied des steirischen Verkehrsverbundes muss es deshalb sein, sich in den Verhandlungen für die Beibehaltung des Grazer-Zonentickets 101 oder für die Erarbeitung einer Alternativlösung stark zu machen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Dringlichen Antrag

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Der für die Beteiligungsagenden zuständige Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler wird beauftragt, sich unter Beiziehung der Holding Graz sowie der Finanzdirektion in den Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Steiermark für eine Beibehaltung des Grazer-Zonen-Tickets 101 oder für die Erarbeitung einer Alternativlösung, die eine finanzielle Schlechterstellung für nur innerstädtisch mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahrenden GrazerInnen möglichst ohne Mehrbelastung des städtischen Budgets abzufedern vermag, einzusetzen.